



'17

21. NOVEMBER 2017 IN DER LEHWALDHALLE DARSCHIED | DOKUMENTATION

Lokales Fachforum zum
Siebten Altenbericht der Bundesregierung

Aus der Praxis: **WEGE zu neuen Solidargemeinschaften**



Am 21. November 2017 luden das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Verbandsgemeinde Daun zu einem Lokalen Fachforum zum Siebten Altenbericht ein.

Im Siebten Altenbericht der Bundesregierung „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ wird aufgezeigt, was vor Ort in Kreisen, Städten und Gemeinden getan werden kann, um gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen. Um die Empfehlungen und Anregungen des Siebten Altenberichts einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, veranstaltet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sogenannte Lokale Fachforen in verschiedenen Regionen Deutschlands.

Bei der Veranstaltung der Verbandsgemeinde Daun wurde gemeinsam und in interaktiven Formaten darauf geschaut, wie sich die Ergebnisse des Siebten Altenberichts in die reale Praxis übertragen lassen. An diesem Lokalen Fachforum nahmen neben Vertretern von Zivilgesellschaft und Kommune aus ganz Rheinland-Pfalz auch Fachakteure aus Praxis und Wissenschaft sowie Schülerinnen und Schüler der Altenpflege Schule Maria-Hilf in Daun teil.

Dokumentation erstellt von:
Verena Welter
WEGE-Büro der Verbandsgemeinde Daun
Daun im April 2018

Programm

Moderation der Veranstaltung:
Herr Werner Klöckner, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Daun

- | | |
|------------------|--|
| 10.30 Uhr | Begrüßung und Einordnung des WEGE-Prozesses der Verbandsgemeinde Daun
Bürgermeister Werner Klöckner |
| 10.45 Uhr | Grußwort
Herr Staatssekretär David Langner,
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz |
| 11.05 Uhr | „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ – der Siebte Altenbericht der Bundesregierung
Prof. Dr. Andreas Kruse, Universität Heidelberg und Vorsitzender der Siebten Altenberichtscommission |
| 11.45 Uhr | Moderierte Diskussionsrunde
Dr. Christine Hagen, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Loring Sittler, Berater für Fragen des gesellschaftlichen Wandels, Bürgermeister Werner Klöckner, Karl-Heinz Schliffter, Ortsbürgermeister Gillenfeld
Moderation: Dr. Tim Becker, Institut Denkkunternehmung |
| 13.00 Uhr | Mittagspause |
| 13.45 Uhr | World Café unter dem Motto: Der Siebte Altenbericht vor Ort! Seine Chancen und Herausforderungen in Dörfern und Quartieren |
| 15.00 Uhr | Vorstellung der Ergebnisse des World Cafés durch die „Gastgeber“ an den Tischen und Diskussion |
| 16.00 Uhr | Schlusswort
Bürgermeister Werner Klöckner |
| 16.15 Uhr | Ende der Veranstaltung |

Themen des World-Cafés

1. **Begegnungsmöglichkeiten oder "Gelegenheitsstrukturen" im sozialräumlichen Kontext kommen für die Gestaltung des Älterwerdens eine bedeutsame Rolle zu.**

- Wie sehen diese aus?
- Gibt es bereits gute Beispiele?
- Welche Verantwortung liegt hier bei der Kommune?
- Wie gelingt es ein Feuer am Brennen zu halten und nicht nur ein Strohfeuer zu entfachen?

2. **Unser herkömmliches Sozialsystem (und auch unsere herkömmliche Politik) ist von isoliertem und segmentiertem Vorgehen geprägt. Dies gilt auch für das lokale Handeln.**

Anstelle dessen ist eine grundlegende Neuausrichtung zu einer transsektoralen (also Zivilgesellschaft, Kommune und Wirtschaft) und strategischen Kooperation erforderlich. Was bedeutet dies für das lokale Handeln zur Gestaltung des Älterwerdens?

3. **Als Rechtsform für neue Nachbarschaften im Sinne eines verbindlichen Miteinanders bieten sich Genossenschaften an.**

- Welche Aufgaben sollen diese Genossenschaften haben?
- Welche Vorteile sehen Sie für diese Genossenschaften?
- Welche Stolpersteine erwarten Sie bei ihrer Gründung und für ihre nachhaltige Aufgabenwahrnehmung?

4. **Versetzen Sie sich in das Jahr 2030:**

- Beschreiben Sie vor dem Hintergrund des Älterwerdens unserer Gesellschaft Ihr ideales Bild für Ihr Dorf oder Quartier!
- Wie wurde dies erreicht?
- Welche Hemmnisse wurden beseitigt?
- Welche Erfolgsfaktoren haben sich gezeigt?

Inhalt

6	Vorwort von Bürgermeister Werner Klöckner
7	Grußwort von Staatssekretär David Langner
9	„Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ – der Siebte Altenbericht der Bundesregierung
17	Zertifizierung Jugendliche begleiten Senioren
18	Moderierte Diskussionsrunde zu den Empfehlungen des Siebten Altenberichts
21	Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem World-Café

Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form benutzt. Es können dabei aber sowohl männliche als auch weibliche Personen gemeint sein.

Vorwort von Bürgermeister Werner Klöckner

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir werden weniger, älter und bunter. Der demografische Wandel ist auch in der Verbandsgemeinde Daun und ihren Ortsgemeinden spürbar. Sei es die einsame alte Frau, die ihr Haus nicht mehr verlassen kann, leerstehende Häuser in den Orten oder die Tatsache, dass weniger Kinder geboren werden.

Wir in der Vulkaneifel nehmen das aber nicht einfach hin, sondern gestalten den Wandel und seine Herausforderungen. Seit dem Jahr 2010 machen wir das auf Ebene der Verbandsgemeinde Daun sehr erfolgreich im Rahmen des WEGE-Prozesses (WEGE – Wandel erfolgreich gestalten!). Zwölf Handlungsfelder bilden einen Rahmen für zahlreiche Aktivitäten, um unsere Region mit Blick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels zukunftsfähig zu gestalten. Eines davon lautet „altersgerechte Dörfer“. Als Leitbild für die Entwicklung zu altersgerechten Dörfern dienen neue Solidargemeinschaften in Form von Sorgenden Gemeinschaften. Ein Modell, das auch im Siebten Altenbericht der Bundesregierung intensiv diskutiert wird und Kernbestandteil seiner Empfehlungen ist. Im Rahmen des 4. WEGE-Symposiums wurden bereits im Jahr 2014 die Dauner Thesen „Sorgende Gemeinschaften als neue Solidargemeinschaften in ländlichen Räumen“ erarbeitet und verabschiedet.

Knapp die Hälfte unserer Ortsgemeinden hat sich bereits mit auf diesen Weg begeben. Im Zuge des bundesweiten Förderprogramms Engagierte Stadt wird der aus dem WEGE-Prozess hervorgegangene Verein Bürger für Bürger e.V. zu einer Rückgratorganisation für Sorgende Gemeinschaften weiterentwickelt. Durch gemeinsames Wirken von Zivilgesellschaft, Kommune und Wirtschaft bündeln wir all unsere Kompetenzen, um unsere Region nachhaltig lebens- und liebenswert zu gestalten.

Bundesweit erhalten wir Lob für unser ganzheitliches und visionäres Vorgehen. Der WEGE-Prozess lebt von Erfahrungsaustausch, zum einen dadurch, dass wir von anderen Regionen lernen, zum anderen aber auch in der Art und Weise, dass wir unsere Ideen und Erfahrungen teilen. In Form von Veröffentlichungen, Exkursionen oder auch Veranstaltungen gelingt uns dies. Daher war es uns eine Freude, eines der sieben Lokalen Fachforen zum Siebten Altenbericht in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ausrichten zu dürfen. Mit dieser Broschüre möchten wir die Erkenntnisse aus dem Veranstaltungstag zusammenfassen und Ihnen zur Verfügung stellen.

Besuchen Sie gerne unsere Homepage (www.daun.de/wege) oder liken Sie unsere Facebookseite, um immer über Aktuelles im WEGE-Prozess informiert zu sein.

Für das WEGE-Team



Ihr Bürgermeister Werner Klöckner



Werner Klöckner
Bürgermeister

Grußwort von Staatssekretär David Langner

Sehr geehrter Herr Verbandsgemeindebürgermeister Klöckner,
sehr geehrter Herr Becker, Vorsitzender des Vereins Bürger für Bürger,
sehr geehrte Schülerinnen und Schüler der Altenpflegeschule Maria Hilf,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist gut, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den nunmehr Siebten Bundesaltenbericht in einem breiten Prozess deutschlandweit in den Regionen vorstellt und direkt mit den Menschen vor Ort diskutiert.

Mit dem heutigen lokalen Fachforum zum Siebten Bundesaltenbericht wollen wir konkrete Anregungen aus den Kommunen in der Verbandsgemeinde Daun für die Weiterentwicklung der Bundespolitik für Senioren ab 2018 geben.

Ich bin ganz besonders gerne heute auch gekommen, um für die herausragende Arbeit des WEGE-Prozess zu danken. WEGE steht für „Wandel erfolgreich gestalten“. Unter diesem Leitbild nehmen Bürgerinnen und Bürger die Gestaltung der Zukunft ihres Dorfes selbst in die Hände, Generationen unterstützen sich gegenseitig. Das bringt mehr Selbstbestimmung und Teilhabe gerade für die älteren Menschen und schafft zukunftsfeste, sorgende Gemeinschaften. Motor für viele Projekte der Entwicklung des Zusammenlebens in der Dauner Region ist der Verein Bürger für Bürger e.V.. Rund 660 Personen leisten hier ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe. Ihnen, Herrn Klöckner und Herrn Becker, stellvertretend für alle haupt- und ehrenamtlich Engagierten, meinen herzlichen Dank für diesen herausragenden Einsatz.

Auch das Land Rheinland-Pfalz ist seit vielen Jahren dabei, den demografischen Wandel zu gestalten.

Aktuelle Schwerpunkte unserer Demografiestrategie für alle Generationen sind ein gutes Leben in Dörfern und Gemeinden im ländlichen Raum zu erhalten und für die zunehmende Zahl an alten und hochbetagten Menschen in Rheinland-Pfalz ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen. Das umfasst Teilhabe und Selbstbestimmung auch im Alter und eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung.

Viele Hinweise, die der Siebte Altenbericht insbesondere für die Versorgung im ländlichen Raum vorschlägt, haben wir schon erfolgreich auf den Weg gebracht oder umgesetzt: gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium, Gemeindegewerkschaften-plus und flächendeckende Pflegestützpunkte, innovative Impulse für eine gute gesundheitliche Versorgung auf dem Land, Stärken neuer Wohnformen, Förderung von ehrenamtlichen Aktivitäten wie Bürgerbusse, Dorfläden oder Nachbarschaftsinitiativen, u.v.m.

Der Siebte Altenbericht des Bundes sieht zudem eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung vor Ort vor. Wir haben gute Strukturen vor Ort, aber es gilt, diese noch stärker zusammenzubringen. Wir wollen mit den Kommunen als Handlungsträger zusammenar-



David Langner
Staatssekretär

beiten und deren Prozesse der Vernetzung modellhaft unterstützen. Wir sind noch in der Entwicklung eines Konzeptes. Dabei werden wir auch die vorhandenen Planungsprozesse in Kommunen – Sozial- und Jugendhilfeplanung, Pflegestrukturplanung, sowie weitere Planungsinstrumente vor Ort - berücksichtigen und einbeziehen.

Die direkte Beteiligung und aktive Unterstützung der Menschen vor Ort ist uns sehr wichtig. Weil der demografische Wandel selbst, aber auch die Bedürfnisse der Menschen und die Bedingungen von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf unterschiedlich sind.

Hier hat die letzte Woche zu Ende gegangene dritte landesweite Demografiewoche im Land mit ihren über 230 Veranstaltungen die ganze Bandbreite an guten Projekten und die starke Mitwirkung für eine generationen- und demografiegerechte Zukunft gezeigt.

Wir im Ministerium werden die Gestaltung der Sozialräume und eines guten Miteinanders im Gemeinwesen vor Ort mit der Fortführung der Demografiestrategie des Landes weiter begleiten und unterstützen. Dabei werden wir gerne auf Leuchttürme wie in der Verbandsgemeinde Daun hinweisen und sie als Best Practice-Beispiel in andere Regionen tragen.

Ich danke Ihnen sehr für Ihren Einsatz und Ihre engagierte Arbeit und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg.

„Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ – der Siebte Altenbericht der Bundesregierung

Vortrag von Prof. Dr. Andreas Kruse

Lieber Herr Bürgermeister Klöckner, sehr geehrter Herr Staatssekretär, Frau Pauly, liebe Frau Dr. Hagen, lieber Loring Sittler, sehr geehrte Damen und Herren,

ich freu mich sehr darüber, dass ich Ihnen einige Überlegungen vortragen darf, die wir im Siebten Altenbericht, bzw. in der Kommission des Siebten Altenberichts angestellt haben, und fühle mich geehrt, dass ich gleich auch noch die Zertifikate an die jugendlichen Seniorenbegleiter mit überreichen darf.

Wie Herr Bürgermeister Klöckner gesagt hat, finde ich das eine ganz hervorragende Sache, dass junge und alte Menschen sehr eng zusammenarbeiten und dass sich die Jugendlichen dazu entschieden haben, einen ganz aktiven, bedeutsamen Beitrag zu diesen Mehrgenerationenbeziehungen zu leisten.

Ich möchte in zwei Minuten etwas zu Ihnen sagen, was mit dem Siebten Altenbericht nur am Rande zu tun hat, aber was im Grunde doch einfängt, was uns in der Altenberichts-kommission immer wieder bewegt hat. Wir haben ja in diesem Jahr die Möglichkeit gehabt, das Reformationsfest zu feiern und zwar den fünfhundertsten Jahrestag des Anschlagens von 95 Thesen durch Martin Luther in Wittenberg.

Das ist für mich insofern ein bedeutsamer Tag gewesen, weil uns die Reformation Folgendes vor Augen geführt hat: Zum einen, wie wichtig es ist, dass wir um die Freiheit des Geistes und um die Freiheit unseres Handelns kämpfen. Und zum anderen, wie wichtig es ist, dass wir etwas für andere Menschen tun und in dem Tun für andere Menschen das aufbauen, was man eine Gemeinde oder eine Gemeinschaft nennt.

Meine Damen und Herren, das können wir in seiner Bedeutung für unsere Demokratie gar nicht hoch genug schätzen: Erstens, dass der Mensch in Freiheit lebt, dass er die Freiheit als eine besondere Chance, aber auch als eine besondere Herausforderung seines Lebens begreift, als eine Aufgabe, die er zeit seines Lebens zu erfüllen hat. Und zum anderen, dass der Mensch in mitverantwortlichen Bezügen lebt, d. h., etwas für die Gemeinde bzw. die Gemeinschaft tut.

Im Jahre 1520 erscheint eine bedeutsame Schrift von Martin Luther, die heißt „Von der Freiheit eines Christenmenschen“. Darin lesen wir einen Satz, der für mich den Aspekt der Freiheit und den Aspekt der Mitverantwortung wunderbar zusammenführt: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.“ Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, wir sind frei, wir sind frei in unserem Geist, wir sind frei vor unserem Gewissen, d. h., wir sind selbst verantwortlich. Und zugleich soll zum Ausdruck gebracht werden, wir sind immer auch auf andere Menschen bezogen. D. h., wir handeln, wir denken, wir leben immer mitverantwortlich.

Diese beiden Aspekte, Selbstverantwortung und Mitverantwortung, sind jene beiden As-



pekte, die wir im Siebten Altenbericht, aber nicht nur, sondern eigentlich in allen Altenberichten immer und immer wieder durchbuchstabiert haben. Was können wir tun, um die Selbstverantwortung des Menschen über den gesamten Lebenslauf aufzubauen, zu erhalten und zu fördern? Was kann auch das Individuum selbst dafür tun, um Selbstverantwortung aufzubauen, zu erhalten und zu fördern? Und zum anderen, was können wir dafür tun, welche Strukturen müssen geschaffen werden, damit Menschen sich eingeladen fühlen, mitverantwortlich zu handeln, d. h. Mitverantwortung auch für die anderen Menschen, für die Kommunen, für das Gemeinwohl und die Schöpfung zu übernehmen? Und inwiefern können wir diese Mitverantwortung bis in das hohe Lebensalter in einem durchbuchstabieren, wenn wir sagen: Auch Menschen im hohen Alter wollen mitverantwortlich handeln, wollen als mitverantwortliche Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen und angesprochen werden? Aber: Ältere Menschen benötigen auch Mitverantwortung durch andere Bürgerinnen und Bürger, nämlich in jenen Situationen, in denen die Verletzlichkeit, die Verwundbarkeit, die körperliche, genauso wie die geistige, zunimmt.

Die Selbstverantwortung, die Mitverantwortung, als die beiden zentralen Begriffe für unsere Demokratie, jene Begriffe, mit denen wir unsere Demokratie mit Leben füllen, sind auch für die Altenberichte der Bundesregierung immer und immer wieder von großer Bedeutung; sie bilden so etwas wie einen Leitaspekt.

Bisweilen sind die Kommissionen, die die Altenberichte geschrieben haben, mit dem Vorwurf konfrontiert worden, dass man ältere Menschen dazu nötigen oder zwingen wolle, Mitverantwortung zu übernehmen, wenn wir beispielsweise der Frage nachgegangen sind, was können Menschen, wenn sie aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, an bürgerschaftlichem Engagement in eine Kommune einbringen. Es wurde uns nicht selten vorgehalten, wir neigten dazu, ältere Menschen zu einem mitverantwortlichen Leben, zu einem Engagement zu zwingen. Wir haben als Kommissionen immer wieder gesagt, da sind wir weit von entfernt. Wir würden niemanden oktroyieren, wir würden niemandem auferlegen, sich für andere Menschen zu engagieren. Das wäre ja dem Grunde nach etwas wie die Beschneidung von Freiheit. Etwas anderes ist gemeint: Dass es viele Menschen gibt, die sagen, dann, wenn ich wieder ein Mehr an Zeit habe, über die ich frei verfügen kann, gerade in solchen Situationen spüre ich das Bedürfnis etwas für andere Menschen zu tun, innerhalb der Kommune eine Aufgabe zu übernehmen. D. h., das ist für mich eigentlich keine Pflicht, sondern das ist für mich so etwas wie ein Motiv. Entscheidend ist aber, dass in einer Kommune auch die Strukturen geschaffen sind, die mich dazu ermuntern, die mir auch die Möglichkeit geben, etwas für andere Menschen zu tun. D. h., die Mitverantwortung zu leben, ist ein Motiv vieler alter Menschen, aber eben auch vieler junger Menschen. Wir müssen aber auch entsprechende Strukturen schaffen, damit eine derartige Mitverantwortung leben kann, auch dann leben kann, wenn Menschen körperlich verletzt sind. Beispielsweise, wenn sie an körperlichen Einbußen leiden aufgrund einer Arthrose. Es ist ja immer die Frage zu stellen, was kann ich dafür tun, dass die Mobilität der betreffenden Person in einer Weise sichergestellt wird, dass sie an jene Orte kommt, in denen sie dieses bürgerschaftliche Engagement ausüben will. Das würde bedeuten, wenn wir es z. B. mit hochbetagten Menschen zu tun haben, dass wir nicht nur die Aussage treffen „Die sind auf Hilfe angewiesen oder sie sind auf Pflege angewiesen. Aus diesem Grunde sollen sie permanent in ihrem Hause bleiben, sich gar nicht an öffentlichen Plätzen bewegen!“. Nein, wir müssen im Grunde genommen die Frage stellen, wie kann ich den Verkehr, wie kann ich den Transport in einer Weise gestalten, dass auch alte Menschen in der Lage sind, dann, wenn sie an bestimmten körperlichen



„Selbstverantwortung und Mitverantwortung als Leitaspekt.“

Einschränkungen leiden, zu jenen Orten zu kommen, an denen sie bürgerschaftlich-engagiert tätig sein wollen.

Dieser mitverantwortliche Lebensstil ist etwas, was in unserem Verständnis für eine lebendige Demokratie überaus wichtig ist. Dieser mitverantwortliche Lebensstil ist in letzter Konsequenz auch das, was beispielsweise die Beziehungen zwischen den Generationen in besonderer Weise prägen kann. Wobei wir immer wieder in den Altenberichtsmissionen davon ausgehen, dass gerade der Mehrgenerationenansatz, dass gerade die Mehrgenerationenperspektive so bedeutsam ist für ein gelingendes Gemeinwohl bzw. für eine lebendige Demokratie.

Selbstverantwortung, Mitverantwortung als zentrale Bedürfnisse des Menschen. Die Verwirklichung solcher Bedürfnisse in sorgenden Gemeinschaften, in zukunftsfähigen Gemeinschaften, in einer mitverantwortlich handelnden Kommune, ist für uns außerordentlich wichtig. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Satz darlegen, der mir ebenfalls sehr wichtig erscheint. Der große Arzt und Existenzpsychologe Viktor Emil Frankl hat in seinem Konzept einer Logotherapie, einer Existenztherapie, folgende Aussage geprägt: „Das menschliche Leben erscheint dem Individuum nur dann als ein sinnvolles, es füllt sich nur dann mit Sinn, wenn das Individuum immer wieder die Möglichkeit erkennt und nutzt, eine Aufgabe wahrzunehmen, die außerhalb seiner selbst liegt.“ D. h., die permanente Frage, was kann ich tun, damit es mir gut geht, die permanent vorgetragene Frage, was kann ich tun, damit ich den Sinn in meinem Leben finde, wird uns nicht zu einem sinnerfüllten Leben führen. Sondern vielmehr die Wahrnehmung von Aufgaben, von Herausforderungen, von Pflichten, die außerhalb meiner Person liegen. Wenn ich erkenne, da ist eine andere Person, für die ich etwas tun kann, die ich unterstützen kann, auf dass ich sie damit in die Lage versetze, dass sie ihrerseits andere Menschen unterstützt, wenn ich dies wahrnehme, nehme ich etwas wahr, was außerhalb meiner selbst liegt und für das ich mich einsetze. Ich setze mich für eine Idee, für eine Person, für die Schöpfung, die außerhalb meiner selbst liegt, ein. Viktor Frankl sagt, gerade in diesem Einsatz, in diesem Engagement kann sich in besonderer Weise der Sinn eines individuellen Lebens erfüllen. Dem können wir als Siebte Altenberichtsmission nur in hohem Maße zustimmen.

Wenn wir über Sorge und Mitverantwortung in der Kommune sprechen, gehen wir zunächst von folgender Setzung aus: (Erstens) Sich um andere Menschen zu sorgen, für andere Menschen zu sorgen, ist ein fundamentales Bedürfnis eines jeden Menschen und zwar in allen Lebensaltern. (Zweitens) Die Sicherheit zu haben, in Beziehungen in einer Kommune zu leben, in der sich Menschen um andere sorgen, in der wir aber auch eine Versorgungs- und Dienstleistungsstruktur haben, auf die ich mich dann stützen kann, wenn ich auf Sorge, Unterstützung, Hilfe angewiesen bin, ist eine weitere, sehr wichtige Erfahrung des Menschen, die dazu beiträgt, dass Lebensqualität erhalten wird, bzw. dass auch Vertrauen in den Staat, dass Vertrauen in die öffentliche Ordnung, dass Vertrauen in eine Kommune bzw. in die Institutionen immer wieder hergestellt bzw. gestiftet wird. (Drittens) Menschen wollen als selbstverantwortlich Handelnde und Denkende angesprochen werden. Sie wollen sich nicht falschen Autoritäten unterwerfen, übrigens auch nicht falschen Altersbildern. Beispielsweise dem Altersbild, wenn du 75 oder 80 bist, bist du auf jeden Fall hilfe- oder pflegebedürftig, mit 75 oder 80 denkst du auf jeden Fall ganz anders, als du in früheren Lebensaltern gedacht hast. Das wären Altersbilder, die im Grunde genommen etwas Autoritäres haben, weil sie uns in unserer Freiheit des Denkens und Handelns einschränken. An die Stelle solcher Altersbilder gehören ganz dif-



„In Einsatz und Engagement kann sich der Sinn eines individuellen Lebens erfüllen.“

ferenzierte. Dass Menschen für sich selbst die Frage stellen und beantworten, wie willst du dein Alter gestalten und zwar frei von den Bildern, Deutungen und Interpretationen, die in deiner Umwelt gegeben werden.

(Viertens) Dass Menschen das tiefe Bedürfnis haben, Teil eines öffentlichen Raums zu sein. Der öffentliche Raum wird in besonderer Weise durch die Kommune, beispielsweise durch den Raum, in dem wir uns heute bewegen, ganz wunderbar veranschaulicht. Der öffentliche Raum ist jener Raum, in dem wir uns begegnen, in dem wir uns austauschen, in dem wir gemeinsam darüber nachdenken, welche Entwicklung unser Verein, welche Entwicklung unser Verband, welche Entwicklung unsere Initiative, welche Entwicklung unsere Kommune, welche Entwicklung unser Staat nehmen soll. Jeder ist Teil des öffentlichen Raums. Wenn der Einzelne sich in das Private zurückzieht, trägt er dazu bei, dass sein Leben mehr und mehr an Sinn verliert, trägt er dazu bei, dass die Lebendigkeit innerhalb einer Kommune zurückgeht, trägt er dazu bei, dass die Lebendigkeit einer Demokratie zurückgeht. Aus diesem Grunde wurde von uns in der Altenberichtscommission es so bedeutsam gesehen, über den Begriff der Sorge um der Gemeinschaft willen über den öffentlichen Raum nachzudenken, in den alle Menschen eingeladen sind, in dem alle Menschen miteinander diskutieren sollen, streiten sollen um die Frage, was können wir tun, dass wir unsere Kommune, unseren Verein, unseren Verband, unsere Initiative, unser Gemeinwohl und unseren Staat weiterbringen. Und in diesen öffentlichen Raum wollen wir ausdrücklich auch ältere Menschen repräsentiert sehen. Da darf im Grunde genommen gar nicht die Frage gestellt werden nach der Hautfarbe, nach dem Geschlecht, nach dem Lebensalter, nach der Nationalität. Alle Menschen gehören in diesen öffentlichen Raum. Mit allen Menschen wollen wir in diesem die Frage stellen, was können wir tun, damit unser Gemeinwohl, unser Kommune, aber auch unsere Schöpfung erhalten bleiben.

Das heißt also, wenn wir von Sorge und Mitverantwortung sprechen, haben wir ganz ausdrücklich auch eine politische Kategorie im Auge, nämlich die Kategorie, dass wir sagen: Wir müssen Menschen unterschiedlicher Schichten, unterschiedlicher Milieus, unterschiedlichste Ethnien zusammenbringen und mit ihnen in einen Diskurs darüber eintreten, wie wir unser Gemeinwohl, aber auch unsere Schöpfung weiter entwickeln können.

Sorge und Mitverantwortung bedeutet also nach Lesart der Kommission nicht einfach nur, dass wir sagen, alte Menschen müssen in einer Kommune leben, in der es eine ausreichende Dienstleistungs- und Versorgungsstruktur gibt, damit sie so zu sagen in ihrer Verletzlichkeit, in ihren Risikolagen aufgefangen werden. Sondern Sorge und Mitverantwortung bedeutet für uns, dass Menschen natürlich in einer Kommune leben, in der sichergestellt ist, dass sie genügend Dienstleistungen erhalten, in der sichergestellt ist, dass sie eine gute medizinisch, pflegerische Versorgung und soziale Begleitung bekommen, in der sichergestellt ist, dass gute Bildungsangebote für alle Generationen aufgelegt werden, aber gleichzeitig eine Kommune, in der alte Menschen sich gleichzeitig ermuntert, motiviert, aufgefordert fühlen, mitzumachen, sich zu engagieren, sich nachbarschaftlich zu engagieren, sich bürgerschaftlich zu engagieren.

Für uns als Kommission ist es auch bedeutsam, dass wir aus diesen Überlegungen beispielsweise das Unternehmertum nicht herausnehmen. Sie glauben gar nicht, wie viel Unternehmer es gibt mit unterschiedlicher Betriebsgröße, die sagen, wir möchten übrigens auch als Teil einer Kommune angesprochen werden. Und zwar nicht nur als Dienstleister, nicht nur als Element oder Mitglied eines Wirtschaftsstandortes, sondern eben



auch als Teil einer Kommune, der den öffentlichen Raum belebt, der dazu beiträgt, dass die Infrastruktur für das bürgerschaftliche Engagement verbessert werden kann. Wir wollen mit dieser Perspektive als Teil des bürgerschaftlichen Engagements verstanden werden.

Damit man ein derartiges Konzept eines Alters in Mehrgenerationenbeziehungen, eines Alters in Selbstverantwortung, eines Alters in Mitverantwortung realisieren kann, ist es notwendig, dass man darüber nachdenkt, wie Kommunen aufgestellt sein sollten, damit sie einen signifikanten, einen bedeutsamen Beitrag zu diesem Leben im Alter leisten können. Das haben wir nun in besonderer Weise versucht im Siebten Altenbericht darzustellen. Die vorherigen Altenberichte haben sich mit ganz unterschiedlichen Aspekten, Facetten, Problemlagen, Potenzialen des Alters befasst. Dann wurde eine sehr bedeutsame Entscheidung im Bundesfamilienministerium getroffen, nämlich den Vorschlag zu unterbreiten, dass der Siebte Altenbericht diese ganzen Erkenntnisse der ersten sechs Altenberichte systematisch zusammenführt und unter dem Aspekt diskutiert, was das nun eigentlich für das Leben in der Kommune bedeutet.

Der Siebte Altenbericht bekommt auch deswegen politisch mehr und mehr Fahrt, nimmt mehr und mehr Fahrt auf, weil wir natürlich in diesem Bericht sehr viele Problemlagen vieler Kommunen angesprochen haben. Das haben wir getan, um damit einer Landesregierung bzw. einer Bundesregierung vor Augen zu führen, ihr müsst alles dafür tun, dass ihr Kommunen in die Lage versetzt, eine Infrastruktur, eine Versorgungsstruktur, Dienstleistungsstruktur zu entwickeln, die eben diese Sorge und Mitverantwortung in zukunftsfähigen Gemeinschaften ermöglicht.

Dabei spielt beispielsweise der Begriff der Daseinsvorsorge eine ganz wichtige Rolle, der in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts vorbereitet bzw. entwickelt und ausbuchstabiert wurde. Daseinsvorsorge, das sind im Grunde genommen die ganzen Leistungen einer Kommune, die diese erbringt, auf dass Menschen zu einem selbstverantwortlichen Leben gebildet werden können oder sich bilden können, auf dass Menschen in der Lage sind die Sicherheit zu erhalten, die sie brauchen damit sie sagen, ich kann auch ein selbstverantwortliches und selbständiges Leben führen. Das will heißen: Bildungseinrichtungen, Schulen, Sporteinrichtungen, Begegnungseinrichtungen, soziale Begleitinstitutionen, Pflegeinstitutionen, medizinische Versorgungseinrichtungen, das alles gehört zu einer Daseinsvorsorge, die wir unbedingt in einer Kommune brauchen, damit das betreffende Individuum selbstständig, selbstverantwortlich, aber eben auch mitverantwortlich leben kann.

Wir betreiben im Siebten Altenbericht eine sehr ausführliche Analyse und machen deutlich, dass sich die Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland – und das nicht nur auf der Achse Ost-West – erheblich unterscheiden in ihren Potenzialen, in ihren Ressourcen für die Daseinsvorsorge. Sie haben Kommunen in den verschiedensten Regionen der Bundesrepublik Deutschland, bei denen Sie den Eindruck haben, dass diese kaum noch in der Lage sind, zentrale Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen. Dann lautet unsere Empfehlung an die Länder bzw. an den Bund, dass man die Kommunen als eine Gemeinschaftsaufgabe begreift. Das bedeutet, dass der Bund bzw. die Länder jene Kommunen, die nicht mehr über die finanziellen Ressourcen verfügen um zentrale Daseinsvorsorgeleistungen zu erbringen, in einer Weise unterstützt, damit diese Kommunen wieder mehr und mehr diese Aufgaben wahrnehmen können.

„Unternehmer möchten nicht nur als Dienstleister, sondern als Teil der Kommune angesprochen werden.“

„selbstständig, selbstverantwortlich und mitverantwortlich durch Daseinsvorsorge“

Wobei wir aber sagen, Daseinsvorsorge, das ist zunächst mal der materielle Aspekt. Daseinsvorsorge hat auch noch einen ideellen Aspekt. Es geht nämlich um die Frage, inwieweit zum Beispiel der Aspekt des demografischen Wandels, inwieweit der Aspekt der Generationenbeziehungen in einer Kommune von dem Repräsentanten einer Kommune, Bürgermeister, Gemeinderat, aber auch von den verschiedenen Vereinen, Verbänden und Kirchen gelebt wird. Wir haben bei unserer Anhörung auch Kommunen kennengelernt, die zwar über relativ gute Ressourcen verfügen, d. h., die viele Daseinsvorsorgeleistungen sichern konnten, bei denen aber die Fragen, wie gestalten wir den demografischen Wandel, inwiefern machen wir den demografischen Wandel zu einem zentralen Thema der Kommune, überhaupt nicht auf der Tagesordnung oder zumindest nicht prominent auf der Tagesordnung standen.

Mit anderen Worten, wir brauchen so einen Bürgermeister, wie Sie ihn hier haben, der sagt, ich mache den demografischen Wandel zu einem zentralen Thema. Sie brauchen eine Bürgerschaft, wie Sie sie hier haben, eine Repräsentation der Bürgerschaft im Gemeinderat, wie Sie sie hier haben, die eben sagen, wir machen den demografischen Wandel zu einem Thema. Wir lassen ihn nicht einfach geschehen, sondern wir betrachten ihn als einen politischen, als einen kommunalen Handlungsauftrag und versuchen dann rechtzeitig alle Menschen dafür zu begeistern, gemeinsam diesen bürgerschaftlichen Veränderungsprozess, wie er eben durch den demografischen Wandel angedeutet wird, aktiv zu gestalten.

Das ist für uns in der Altenberichtscommission sehr bedeutsam. Nicht nur die Daseinsvorsorge aus der materiellen Perspektive zu begreifen und zu sagen, inwiefern verfügen die Kommunen über die materiellen Ressourcen, sondern auch aus einer ideellen Perspektive. Das bedeutet letzten Endes, inwiefern besteht in der Kommune Konsens, dass Daseinsvorsorgeleistungen für alle Generationen vorgehalten werden müssen und eben nicht nur für einzelne.

Wir verbinden das dann mit dem Begriff der Subsidiarität. Subsidiarität bedeutet für uns auf der einen Seite, dass Menschen das, was sie selbständig, selbstverantwortlich ausführen können, auch tun sollen. Da brauchen wir keine Kommunen. Wir sagen dann, dass was die natürlichen Netzwerke eines Menschen, Nachbarn, Freunde, Bekannte, aber auch ehrenamtlich Engagierte, selbstständig ausführen können, das sollen sie tun. Beispielsweise Besuchsdienste, beispielsweise Bildungsprogramme nicht nur aufzusetzen, sondern auch zu realisieren. Das kann ja in großem Maße im Wege der Selbstorganisation erfolgen, während die Kommune z. B. nur die Räume zur Verfügung stellt. Aber das ganze ideelle, was es braucht, um ein solches Bildungsprogramm ins Werk zu setzen, das können die Bürgerinnen und Bürger auch selbst tun, d. h., die Kommune ermöglicht.

Subsidiarität meint natürlich auch, wenn Menschen nicht mehr in der Lage sind, beispielsweise aufgrund von Armut, beispielsweise aufgrund von Prekariat, ein selbstständiges und selbstverantwortliches Leben aus eigenen Kräften zu führen, dann wird es mehr und mehr notwendig, dass die Kommunen, dass die Länder und der Bund eingreifen und das Individuum und sein natürliches Netzwerk unterstützen.

In der Altenberichtscommission haben wir eine ganz querstellige Lösung entwickelt und zu Papier gebracht. Können wir nicht als einen Beitrag zur lebendigen Demokratie Bürger und Bürgerinnen in einer Kommune nicht nur dazu auffordern, sich zu engagieren, sie

motivieren sich zu engagieren, sondern jede Bürgerin und jeden Bürger, die viel haben, dazu motivieren, dass sie bestimmte kommunalgestützte Leistungen freiwillig ausschlagen, um auf die Arte und Weise die Kommune in die Lage zu versetzen, jene Menschen, die nichts haben, ausreichend zu unterstützen. Beispiel: Wenn wir einen Sozialpass einführen, kann man sagen, toll, dass die Kommune einen solchen Sozialpass hat, um jenen Menschen, die wenig haben, zu unterstützen, wenn sie ins Theater, ins Kino gehen wollen, wenn sie öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Da wäre es aber gleichzeitig gut, wenn Menschen, die sehr viel haben, bestimmte Ermäßigungen, die sie aufgrund der Tatsache eines hohen Lebensalters von der Kommune bekommen, nicht in Anspruch nehmen. Auf diese Weise können Kommunen darin unterstützt werden, jene Menschen zu unterstützen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind. Das wäre ein wunderbarer Beitrag zur Demokratie. Da hätten wir es wieder: Jeder ist dienstbarer Knecht eines anderen und einem anderen Untertan.

Vielleicht tragen wir mit unserem Altenbericht dazu bei, in Kommunen, in Vereinen, in Verbänden, in den Kirchen Diskussionen darüber anzustoßen, inwiefern einzelne Menschen, die über ausreichende Ressourcen verfügen, bereit sind, auf bestimmte Leistungen der öffentlichen Hand zu verzichten. Auf dass die öffentliche Hand stark gemacht wird, jene Menschen, die nichts haben, zu unterstützen. Wenn wir einen solchen politischen, ethischen Diskurs führen können, das würde unserer Demokratie nochmal eine ganz neue Lebendigkeit geben können.

Sagen wir den Kirchen, das müsst ihr zum Thema machen. Das ist gelebte Solidarität. Das sagt uns doch schon Matthäus. Aber dazu brauchen wir eine Diskussions- und Streitkultur. Dazu brauchen wir Repräsentanten, die sagen, lasst uns einmal überlegen, wie können wir die gesamte Bürgerschaft nach vorne bringen, dazu beizutragen, dass keiner zurückbleibt.

Wir diskutieren dann diesen ganzen Aspekt: Subsidiarität bzw. Daseinsvorsorge in unterschiedlichen thematischen Bereichen: Was das Wohnen angeht, was die medizinische Versorgung angeht, was die pflegerische Versorgung angeht, übrigens auch, was das Engagement angeht. Und was eben in den Begrüßungsworten gesagt wurde ist ja für uns als Kommission überaus bedeutsam. Wir müssen sehen wie wir Initiativen im Bereich des Wohnens entwickeln. Wir brauchen sehr viel mehr genossenschaftliche Modelle, die sich auch mit der Frage des Wohnens befassen. Wir müssen Fragen des Wohnraums und der gerechten Verteilung viel mehr zu einem großen Thema machen, weil Wohnraum natürlich für die Menschen die Lebensqualität und -zufriedenheit konstituiert.

Was die medizinische Versorgung angeht, sagen wir, die kassenärztlichen Vereinigungen sollten einen Teil ihrer Rechte abgeben, nämlich der Rechte zu bestimmen, wie die Versorgungssituation in den verschiedenen Kommunen und Regionen gestaltet wird, sollten den Kommunen bzw. den Regionen, also den Kreisen, sehr viel mehr Möglichkeiten geben mitzubestimmen, wie die ambulante medizinische Versorgung in den verschiedenen medizinischen Disziplinen auszusehen hat. Wenn es um die Frage des Krankenhausbaus bzw. der Krankenhauserhaltung geht, müssten die Kreise sehr viel stärker gehört werden.

Wenn wir über Pflege sprechen, sagen wir, wäre es nicht gut, wenn ein Teil der gesamten Steuerung des Pflegeprozesses mehr und mehr auch in die Hände der Kommunen gelegt würde. Und zwar nicht nur im Sinne der Entwicklung von Beratungsstellen, sondern dass



**„Subsidiarität:
selbstständig und selbst
verantwortlich handeln“**

**„Wir brauchen
sehr viel mehr
genossenschaftliche
Modelle.“**

auch ein größeres Segment der Pflege herausgenommen wird. Können wir nicht als Kommune der Frage nachgehen, wie sichern wir die Infrastruktur für Pflege, wie sichern wir die Kooperation zwischen hauptamtlich geleisteter Pflege und bürgerschaftlich engagierter Pflege. Inwiefern ist das möglich? Können wir eine solche Koordination schaffen, dass wir sagen, wir versuchen in enger Kooperation mit den Kreisen, mit den Pflegekassen, mit den Krankenkassen, mit dem Land darüber nachzudenken, welche hauptamtliche Infrastruktur der Pflege brauchen wir hier? Und inwiefern können wir diese hauptamtliche Infrastruktur der Pflege anreichern um bürgerschaftliches Engagement? Weil wir natürlich Pflegesituationen kennen, in denen Menschen auf ganz bestimmte hauptamtlich geleistete, hochgradig professionell entwickelte Pflege angewiesen sind, aber zugleich auch auf Besuche und Gespräche, emotionale Unterstützung, die nicht allein in einer hauptamtlich organisierten Pflege erbracht werden kann, sondern für die wir natürlich so etwas brauchen wie Besuchsdienste bzw. bürgerschaftliches Engagement.

Dann kommen wir in einem abschließenden Kapitel unseres Berichts zu der Frage, inwiefern können wir Altenpolitik als eine Querschnittspolitik begreifen? Das bedeutet, die verschiedenen Ressorts einer Kommune bzw. eines Kreises, für Soziales, für Kulturelles z. B., viel stärker ineinander zu integrieren, damit wir viel mehr eine Altenpolitik aus einem Guss vornehmen können. Bzw. sollten wir auch den Bund dazu animieren. Dazu gehört auch, ein Leitgesetz zu entwickeln.

Zukunftsfähige Gemeinschaften, das sind für uns solche, in denen wir die Bedürfnisse, die Bedarfe aller Generationen sehr genau abgebildet, wahrgenommen, ernstgenommen sehen. Das sind Gemeinschaften, die flankiert werden durch kommunale bzw. staatliche Daseinsvorsorgeleistungen. Das sind aber Gemeinschaften, die in besonderer Weise dadurch leben, dass innerhalb der Familie, dass innerhalb der Nachbarschaft, dass innerhalb der Bürgerschaft eine ganz lebendige Einstellung besteht. Wir müssen uns als Bürgerin und Bürger in irgendeiner Form auch gegenseitig unterstützen, was nicht bedeutet, dass der eine Tätigkeiten übernimmt, die eigentlich eine andere hauptamtliche Kraft zu übernehmen hätte. Sondern was im Wesentlichen bedeutet, dass wir Verantwortung für uns alle übernehmen, dass wir uns der Tatsache bewusst sind, dass diese Verantwortungsübernahme überhaupt den Kern eines lebendigen Lebens in einer Kommune darstellt und dass wir realisieren, dass wir alle zum Fortbestand unserer Demokratie beitragen.

Was ich überhaupt nicht leiden kann ist, wenn immer wieder gesagt wird, der demografische Wandel ist eine große Gefahr für unseren Staat und unsere sozialen Sicherungssysteme. Da kann ich immer nur sagen, in der Bundesrepublik Deutschland haben wir eine derartige Kultur, haben wir mehr materielle Ressourcen, dass der demografische Wandel für uns keine Bedrohung darstellt. Der demografische Wandel ist für uns eine Aufgabe, eine Anforderung und Herausforderung. Aber, das ist mir das Wichtigste, auch eine Chance. Er zeigt uns, ohne deinen individuellen Beitrag zum Gemeinwohl, zur Entwicklung von Subsidiarität, zu sorgenden Gemeinschaften wird eine Kommune Probleme bekommen. Ohne deinen individuellen Beitrag zu diesen Aspekten wird eine Demokratie nicht lebendig sein. Aus diesem Grunde denke immer daran, inwiefern du auch im Kontext des demografischen Wandels etwas für das Gemeinwohl tun kannst. Denke nicht nur daran, was das Gemeinwohl für dich tun kann.

Das war's, was ich aus der Mitte der Altenberichtscommission erzählen wollte.

„Verantwortung für uns alle übernehmen in zukunftsfähigen Gemeinschaften“

„Den demografischen Wandel als Chance begreifen“

Zertifizierung Jugendliche begleiten Senioren

Wie ist es wohl, wenn man alt wird? Welche Krankheiten gibt es, die in der Regel im Alter auftreten? Das sind nur zwei der vielen Fragen, mit denen sich Schülerinnen und Schüler der Drei-Maare-Realschule plus im Rahmen der Projekttag 2017 beschäftigten. Realisiert wurde dieses Pilotprojekt in der Verbandsgemeinde Daun durch die Initiative „Dauner Viadukt von Jung bis Alt“ in Kooperation mit der Pfarrei St. Nikolaus und der „Genossenschaft am Pulvermaar - eine sorgende Gemeinschaft eG“, gefördert durch die Jugendstiftung des Bistums Trier.



Das Oberziel dieser Qualifizierungsmaßnahme ist die Sensibilisierung Jugendlicher für die Situation älterer Mitmenschen. Eine Kombination aus theoretischem Input und praktischen Erfahrungen soll zu dieser Entwicklung beitragen. Im theoretischen Teil wurde insbesondere ein Fokus auf die Entwicklung hin zu Sorgenden Gemeinschaften als zukunftsfähiges Lebensmodell gelegt. Daneben erfuhren die Jugendlichen etwas über altersbedingte Krankheiten und die Lebenssituation älterer Menschen, bekamen aber auch eine Idee davon, was sie von Senioren lernen oder von ihrem eigenen Wissen mit ihnen teilen können. Die Themen Sterben, Tod und Trauer fanden ebenso Raum.

Besuche in zwei ortsansässigen Seniorenheimen, beide auch Netzwerkpartner im „Dauner Viadukt von Jung bis Alt“, sowie ein Praktikum in den Sommerferien und auch beispielsweise das Erleben körperlicher Einschränkungen im Alterssimulationsanzug rundeten diese Qualifizierungsmaßnahme ab. Die Teilnehmer resümierten, dass ihnen dieses Projekt Spaß gemacht habe und sie den Kontakt zu den Senioren genossen hätten.

Im Rahmen des Lokalen Fachforums konnte Prof. Dr. Andreas Kruse gemeinsam mit Bürgermeister Werner Klöckner die Zertifikate an zehn Jugendliche überreichen. Für Herrn Prof. Dr. Kruse war dies eine Herzensangelegenheit, da er um die Notwendigkeit eines intergenerativen Miteinanders weiß. Bürgermeister Werner Klöckner würdigte das Engagement mit Dauner Talern.



Seniorenbegleiter – eine Qualifizierung, die es wohl in Zukunft noch häufiger geben wird. Mitorganisator war in der ersten Auflage das „Dauner Viadukt von Jung bis Alt“. Hierbei handelt es sich um ein Netzwerk aus Partnern, die sich zum Ziel gesetzt haben, das Miteinander von Jung und Alt insbesondere in der Kernstadt Daun zu stärken. Die Initiative ist aus dem WEGE-Prozess der Verbandsgemeinde Daun entstanden und wird derzeit vom Dekanat Vulkaneifel und der Kath. Kirchengemeinde St. Nikolaus Daun koordiniert.

Moderierte Diskussionsrunde zu den Empfehlungen des Siebten Altenberichts

Im Anschluss an die Zertifizierung der jugendlichen Seniorenbegleiter begann die moderierte Diskussionsrunde zu den Empfehlungen des Siebten Altenberichtes. An der Diskussion nahmen Herr Loring Sittler, Berater für Fragen des gesellschaftlichen Wandels, Herr Bürgermeister Werner Klöckner, Frau Dr. Christine Hagen, Deutsches Zentrum für Altersfragen, sowie Karl-Heinz Schlifter, Ortsbürgermeister von Gillenfeld und Vorstandsvorsitzender der Genossenschaft am Pulvermaar – eine sorgende Gemeinschaft eG, teil. Moderiert wurde die Runde von Dr. Tim Becker, Institut Denkkunternehmung Vulkaneifel.

Der Siebte Altenbericht ist umfassend, viele Ansätze kommen darin zusammen und bilden ein Gesamtwerk an Gestaltungsperspektiven. Einige Aspekte wurden von den Teilnehmern der Podiumsdiskussion aufgegriffen und näher beleuchtet. Zudem waren auch die Veranstaltungsgäste eingeladen, aktiv an der Diskussion teilzunehmen. Einen Überblick über die Beiträge gibt die folgende Zusammenfassung.

Die Verbandsgemeinde Daun mit ihrem WEGE-Prozess sei ein Leuchtturm, bestätigte Loring Sittler gleich zu Beginn der Runde. Es sei an der Zeit den Kampf gegen die Ungleichgültigkeit aufzunehmen und heute Strukturen zu schaffen, in denen wir morgen unsere Angehörigen pflegen, aber auch selber gut leben. Diesen Kampf könne man nur durch eine Änderung der bestehenden Haltung gewinnen. Ein wesentlicher Beitrag hierzu sei die stärkere Einbindung der Wirtschaft im Zuge trisektoralen Wirkens. Diese habe eine gesellschaftliche Verantwortung, aber auch die Herausforderung, die pflegenden Arbeitnehmer erwerbsfähig zu halten.

Dem schloss sich auch Bürgermeister Werner Klöckner an. Bislang sei das Bewusstsein für eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit noch nicht ausgeprägt in der Wirtschaft. Er sehe ein Problem darin, dass die Wirtschaft stark ausgelastet und daher der Blick für visionäre Ziele verschlossen sei. Aktuell gebe es Bestrebungen seitens der Verbandsgemeinde Daun, um die Unternehmen über das Thema Familienfreundlichkeit an solche Prozesse heranzuführen. Damit trage man auch der Entwicklung Rechnung, dass insbesondere junge Menschen eine gute Work-Life-Balance von ihrem Arbeitgeber erwarteten. Dabei seien aber ebenso auch andere Institutionen, wie Kirche, Vereine und Dorfgemeinschaften mitzunehmen.

Der Altenbericht greift auch die Thematik der sozialen Ungleichheit auf. Gefragt nach den damit verbundenen Besonderheiten bewertete Dr. Christine Hagen es zunächst sehr positiv, dass dieses Thema in diesem Umfang Eingang in den Altenbericht fand. Denn gerade hierin sehe sie ein großes Potenzial. Oftmals sei es so, dass sozial benachteiligte Menschen mit einem erhöhten Hilfebedarf sich eben diesen nicht leisten könnten. Eben diese Menschen müsse man erreichen, denn es gebe eine Verbindung zwischen sozialer und gesundheitlicher Benachteiligung. Hier läge insbesondere ein Potenzial in der Aktivierung zurückgezogener Menschen.

Daran arbeite gerade auch die Genossenschaft am Pulvermaar – eine sorgende Gemein-



„Trisektorales Wirken als Zukunftsmodell“

schaft eG intensiv, so Karl-Heinz Schlifter. Mit dem barrierefreien Wohnprojekt Florinshof habe man den Grundstein für die Entwicklung hin zu einer sorgenden Gemeinschaft gelegt. Hinter diesem Projekt stehe die Genossenschaft mit derzeit 114 Mitgliedern. Wichtig sei es viele Multiplikatoren einzubinden. In Gillenfeld arbeite man u.a. bereits mit Vereinen, Caritas sowie auch der ortsansässigen Schule zusammen. Im Rahmen der sorgenden Gemeinschaft, gebe es in Kooperation mit der Schule am Pulvermaar ein Angebot, im Zuge dessen ältere Menschen im Rahmen des Ethikunterrichtes in die Schule kommen, um zusammen mit den Schülern Gesellschaftsspiele zu spielen. Neben dem Spaß am Spiel stehe hierbei natürlich die Begegnung von Jung und Alt im Mittelpunkt. Es gelte einen Wir-Charakter zu befördern und dies sei nur zu erreichen, wenn man alle Menschen im Dorf mitnehme.

Der Siebten Altenbericht spricht in diesem Rahmen von Ermöglichräumen. Gefragt nach dem, was sich hinter diesem Begriff verberge, führte Loring Sittler als Beispiel Solidargemeinschaften an, in denen ehrenamtlich Nachbarschaftshilfe erbracht würde. So gebe es beispielsweise die Seniorengemeinschaft Kronach mit rund 800 Mitgliedern, welche im Monat durchschnittlich 1.000 Stunden Nachbarschaftshilfe erbrächten. Das große Problem vieler Menschen sei die Vereinsamung. Hier bräuchte es Begegnungsstrukturen, die eine Teilhabe insbesondere älterer Menschen ermöglichten. Denkbar sei beispielsweise ein Mittagstisch für Ältere, an dem im besten Falle auch Schüler teilnehmen. Mit solchen häufig niedrigschwelligen Angeboten erreiche man die Steigerung der Lebensqualität sowie auch eine Intensivierung des Zusammenhaltes aller Beteiligten. Dies habe zudem eine positive Auswirkung auf die Bleibewahrscheinlichkeit der älteren Menschen in der eigenen Wohnung.

Bürgermeister Klöckner ergänzte in diesem Zusammenhang die jüngsten Entwicklungen in zwei Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Daun. In Darscheid sei aktuell das Projekt Neue Mitte Darscheid in der konkreten Vorplanung. In Kooperation der Ortsgemeinde mit der ansässigen Weggemeinschaft Vulkaneifel, einem Verein, der die Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen sichert, werde derzeit an der Realisierung eines Dorfladens gearbeitet, welcher u.a. beispielsweise auch einen Mittagstisch anbieten wird sowie auch einen Lieferservice, den Menschen mit Mobilitätseinschränkungen für sich beanspruchen können. Außerdem sei hier auch der neu gegründete Dorftreff in Dreisbrück zu nennen. Entstanden aus der Zukunftskonferenz sei die Idee schnell umgesetzt worden und nun ein neuer Begegnungsort in der Gemeinde vorhanden.

Thematisiert wurde zudem auch die Frage der Finanzierung der Kommunen. Wesentlich sei dieser Aspekt, so Loring Sittler, auch wenn es niemand wirklich hören möchte. Das Geld gehöre direkt in die Kommunen, genau dorthin, wo es gebraucht würde, um eben beispielsweise solche Ermöglichräume zu schaffen. Auch Dr. Christine Hagen betonte diese Empfehlung des Altenberichtes an die Bundesregierung. Sie bezeichnete die Verbandsgemeinde Daun als Vorzeigekommune in Sachen Initiative und Aktivität. Dies sei leider in vielen Kommunen nicht der Fall.

Erwin Steffes, Ortsbürgermeister der Gemeinde Mückeln (VG Daun), beteiligte sich zu diesem Punkt an der Diskussionsrunde. Er berichtete von seinen Erfahrungen mit der Zukunftskonferenz bzw. des daraus entstandenen Schwungs in seinem Dorf. Er stellte ausdrücklich heraus, dass Engagement nicht unbedingt Geld kosten müsse. Mückeln



„Ermöglichräume schaffen“



habe zwar kein Geld, aber dafür viele Ideen und viele Menschen, die sich einbringen möchten. Dies sei ein wesentlicher Aspekt, um Teilhabe zu ermöglichen. Bürgermeister Klöckner untermauerte dies. Die Verbandsgemeinde Daun sei finanziell in einer miserablen Situation, was die Menschen hier aber nicht aufhalten würde, Ermöglichungsräume zu schaffen. Das größte Kapital seien die Menschen. Dennoch sei auch die Politik in der Pflicht, die ländliche Strukturentwicklung stärker zu unterstützen.

Mit Blick auf das Engagement ergänzte Loring Sittler, dass man die Menschen nicht mit Aussagen wie „Engagiere dich“ überfordern sollte, sondern vielmehr zum mitverantwortlichen bzw. gemeinsamen gestalten einladen sollte, um ihnen die Erfahrung von Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Dr. Christine Hagen pflichtete bei, dass Kommunen Begleitung brauchten, um solche Strukturen aufzubauen.

Ein Schüler des anwesenden Oberkurses der Altenpflegeschule Maria Hilf in Daun warf die Frage auf, wie es einem auf Leistung fokussierten Staat gelingen kann, junge Menschen neben einer Vollzeitbeschäftigung zu ehrenamtlichem Engagement zu bewegen und wo sie die Zeit dafür hernehmen sollten. Die Altenpflege sei sehr belastend, körperlich, aber auch seelisch. Die Zeit, um etwas für sich selbst zu tun sei schon knapp, wo da noch Zeit für andere bleiben sollte.

Loring Sittler appellierte dafür, den Begriff Leistung durch Arbeit zu ersetzen und ergänzte, dass Arbeit nicht gleich Erwerbsarbeit sei. Vielmehr gäbe es ja auch die Hausarbeit oder die Familienarbeit. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, dass man Zeit für das hat, wofür man sie sich nimmt. Es sei möglich sich zu engagieren, aber oftmals nicht ohne auf etwas Anderes zu verzichten. Hier sei man gezwungen Prioritäten zu setzen. Ob der Staat oder das Bildungssystem alleine in dieser Pflicht sei diese Werte zu vermitteln, sehe er skeptisch. Dies sei eine Sache der Erziehung.

Bürgermeister Klöckner warb dafür potenzialorientiert zu denken, statt nur die Defizite in den Blick zu nehmen. In der Schule am Pulvermaar würde beispielsweise im Rahmen des neu eingeführten Fachs „Verantwortung“ ein bestehendes System für eine Weiterentwicklung genutzt. Zudem sei auch die in Frieden aufgewachsene Generation der Babyboomer in der sozialen Verantwortung, der Gesellschaft davon etwas zurückzugeben. Jeder sei eingeladen, das zu leisten, wozu er in der Lage sei. Die These die Mitverantwortung wieder in den Fokus zu rücken unterstützte auch Dr. Christine Hagen.

Gemeinwohl zu produzieren, das sei die Ambition der Akteure in der Verbandsgemeinde Daun, so Dr. Tim Becker. Die Empfehlung des Siebten Altenberichts laute dahingehend neue Kooperationen einzugehen. Die Frage, wie dies gelingen könne, richtete er an die Teilnehmer der Diskussionsrunde. Laut Loring Sittler seien kleine kommunale Kooperationen ein wichtiger Motor im Wandel. Er führte das Beispiel Demografiepakt im Saarpfalz-Kreis an. Die Bürgermeister der sieben Gemeinden im Saarpfalz-Kreis hätten sich in einem lokalen Bündnis dazu verpflichtet, sich intensiv und aktiv mit den Herausforderungen des demografischen Wandels und den Veränderungen, die dieser mit sich bringt, zu beschäftigen. Als weitere Beispiele für solche Bündnisse führte er Bürgerstiftungen an. Karl-Heinz Schlifter ergänzte darüber hinaus die kommunalen Dreckwegtage. Neben der Beseitigung des Abfalls und der Aufwertung der Ortslage, könne auf diesem Wege auch eine Wertevermittlung stattfinden. Bürgermeister Klöckner fasste die Erfolgsfaktoren mit

„Menschen sind das größte Kapital.“

„Selbstwirksamkeit ermöglichen“



„Zeit etwas zurückzugeben“



folgenden Stichworten zusammen: sektorenübergreifend, zielgerichtet gemeinsam und von einer visionären Zielsetzung geleitet.

Werner Klöckner bedankte sich bei den Teilnehmern für die angeregte Diskussion und schloss damit die Runde.



Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem World-Café

Thema 1: Begegnungsmöglichkeiten oder "Gelegenheitsstrukturen" im sozialräumlichen Kontext kommen für die Gestaltung des Älterwerdens eine bedeutsame Rolle zu.

- Wie sehen diese aus?
- Gibt es bereits gute Beispiele?
- Welche Verantwortung liegt hier bei der Kommune?
- Wie gelingt es ein Feuer am Brennen zu halten und nicht nur ein Strohfeuer zu entfachen?

Gastgeber: Dr. Christine Hagen und Rüdiger Herres

Wie sehen Gelegenheitsstrukturen aus?

gemeinsame Ausflüge v. Familien, Kindern und Senioren / Gemeinsames Kochen / Spielenachmittage / gemeinsames Dialekt Sprechen / Dienstleistungsbörsen / Dorfboten / Kneipe, Dorfladen / kleine Wohneinheiten mit gemeinsamen Räumlichkeiten / Mehrgenerationenhäuser / Sing- und Strick-Kurse schaffen / Aerobic / Bürgerhaus / Seniorentreff

Gibt es bereits gute Beispiele?

Pflegestützpunkte, die zugehende, aufsuchende Arbeit machen / generationenübergreifende Ausflüge, Busreisen, Wandern / Projekt „Zuhause im Stadtteil“ schafft öffentlichen Raum zur Begegnung / „Ich teile meine Bank“, „Mauertreff“ / Bänke auf dem Friedhof / Mitfahrerbank / Fahrdienst individuell / Koordinierungsstellen ermöglichen Begegnung / Turnen für Senioren / Senioren-Sportparcours / Dorfladen / Kneipe / Dorfkino / Seniorenkino / Seniorenbüro / Reisen und Wandern in der Pfalz / Bouleplatz in Schönbach / Spielenachmittag / Sitztanz / Bauernhof für Menschen mit Demenz wie etwa in Holland und der Schweiz / Veranstaltungen mit Musik und Tanz / Vereinsleben / Alt und Jung engagieren sich zusammen für eine gemeinsame Sache / Gemeindegewest plus / Jung und Alt im Wald / Vorlesen / Mehrgenerationenhäuser (z. B. Studenten wohnen im Heim und unterstützen Senioren) / WG Wohnen auf dem Bauernhof / Demenzdorf / Demenzcafé „Urlaub ohne Koffer“ für Senioren > vielleicht auch für Kinder oder intergenerativ? / Jahreszeitenfrühstücke, z. B. in Mückeln / Männerstammtisch / Seniorenselbsthilfegruppen, kreative Gesprächskreise / Kompetenzplattform Dorfbegleiter



Welche Verantwortung liegt hier bei der Kommune?

Beratung, Weiterbildung und Schulungen für Seniorenbeauftragte erbringen / Fahrdienste unterstützen / Kommune kann helfen, Freizeitangebote zu bewerben / Die Kommune hat eine gleichberechtigte, voranschreitende Verantwortung. / Kommune hilft Arbeitnehmern, Arbeitszeit im Lohnerwerb zu reduzieren / Kommune unterstützt systematisch Angebote für Alt und Jung / Ohne Ehrenamt läuft nichts! Kommune muss dieses nachhaltig fördern und Nachwuchs bewerben. / Es gibt viele Akteure und Angebote – Kommune kann vernetzen und Zusammenarbeit fördern, Räume bereitstellen, Rahmenbedingungen schaffen, Wissen zur Verfügung stellen, Anstoß geben. / Angebote für Alle, ohne Barrieren (auch nicht Kopf) – „all designed“, d.h. umfassend inklusiv denken und handeln / Bürgerbus / Rollende Arztpraxis / Dorfgemeinschaft stärken, z. B. gemeinsames Engagement für die Natur (Stärkung des Verantwortungsbewusstseins und Wissensweitergabe)



Wie gelingt es ein Feuer am Brennen zu halten und nicht nur ein Strohfeuer zu entfachen?

Immer am Ball bleiben, Kümmerer mit Ausdauer und Beharrlichkeit unterstützen und selber sein. / Wertschätzung des Bestehenden / Vereinsarbeit muss teambildend sein und Spaß machen. / Brauchtum pflegen, z. B. Kirmes, Advent, lebendiger Adventskalender, „Licht von Bethlehem“ usw.

Thema 2: Unser herkömmliches Sozialsystem (und auch unsere herkömmliche Politik) ist von isoliertem und segmentiertem Vorgehen geprägt. Dies gilt auch für das lokale Handeln.



Anstelle dessen ist eine grundlegende Neuausrichtung zu einer transsektoralen (also Zivilgesellschaft, Kommune und Wirtschaft) und strategischen Kooperation erforderlich. Was bedeutet dies für das lokale Handeln zur Gestaltung des Älterwerdens?

Gastgeber: Dr. Tim Becker und Werner Klöckner

Vorgehensschritte

Gemeinsame Zieldefinition / Alle Akteure an einen Tisch bringen / Strukturen der Zusammenarbeit vorhalten

Voraussetzungen für gemeinsames Vorgehen

Sektoren- und trägerübergreifendes Vorgehen / Konkurrenzdenken überwinden / Gestalten statt verwalten / Zielführende Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit / Regelmäßiger Informationsaustausch über Förderprogramme etc. / Begeisterung freisetzen

Gewinnung der Akteure

Bei den Beteiligten muss eine Betroffenheit vorliegen „gemeinsamer Schmerz“ /

„Win-Win-Situation“ für alle Seiten, den Gewinn für alle Seiten identifizieren / Hineinhören, welche Interessen Jeder hat / Beziehungen herstellen, Vertrauen gewinnen, Vorurteile abbauen / Jugendlichen vertrauen, ihnen Verantwortung übertragen / Bewusstseinsbildung, z. B. durch Hinzunahme von Experten, Hervorheben guter Beispiele und durch das Lernen von anderen / Jeder kann etwas einbringen - Jeder bekommt ein verlässliches Angebot

Generelle Schwierigkeiten beim Gewinnen von Akteuren

zivilgesellschaftliche Akteure haben Mühe, Kommune und Wirtschaft mit ins Boot zu nehmen / zivilgesellschaftliche Akteure kommen sich gegenüber der Wirtschaft wie Bettler vor / geht die Initiative von der Kommune aus, bestehen ebenso Schwierigkeiten, die Wirtschaft zu gewinnen / Die sog. Sandwich-Generation sieht sich vielen Aufgaben gegenüber. / Wie können Familien gestärkt, bessere Kinderbetreuung gewährleistet werden?

Problem der Gewinnung von Akteuren aus der Wirtschaft

Der Wirtschaft müsste klar sein, dass es ihr langfristig nur gut geht, wenn es den Mitbürgern gut geht. / Größere Potenziale bestehen bei Familienunternehmen / Es gilt, die Wirtschaft zu motivieren und zu überzeugen, dazu sind die Vorteile für die Wirtschaft herauszuarbeiten. / Abhängigkeiten zwischen den drei Sektoren aufzeigen / Mögliche Handlungsfelder für die Wirtschaft, die im Kontext des Älterwerdens/sozialen Engagements/Fachkräftemangel stehen, sind: Verantwortung für Ehemalige tragen, Ehemalige als Seniorexperten einbinden, Sie gehören nicht nur bis 65 zum Betrieb, Angebote für Rentner schaffen, Wissen der Älteren mit der Kraft der Jungen verbinden, Gesundheitspräventionsangebote, BGM, Familienfreundliche Arbeitgeber

Rolle der Kommunen

Kommunen sollen Rahmenbedingungen schaffen wie Strukturen, Initiative, Räume, Personal, Moderation etc. / Kommunen sollen aktiv auf alle Beteiligten zugehen. / Kommunen kommt eine zentrale Rolle als Initiator und Koordinator zu. / Dazu sind Ressourcen erforderlich!

Was ist der Lohn der Akteure dafür?

Den gibt es direkt nicht, weil die Akteure im Wesentlichen das machen, was sie ohnehin machen, nur in einem anderen Vorgehen und auf ein gemeinsames Ziel einzahlend. / Das gemeinsame Vorgehen soll Spaß machen, muss sogar Spaß machen. / Wenn das gemeinsame Vorgehen einmal läuft, dann macht es auch richtig Spaß und das zieht andere mit. / Einzelne können in ihrem Engagement entlastet werden.

Chancen der trisektoralen Zusammenarbeit

Altersbilder und Jugendbilder können verändert werden. / Generationen werden zusammengebracht. / Ungenutzte Potentiale werden freigesetzt. / Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit wird vermittelt.

Thema 3: Als Rechtsform für neue Nachbarschaften im Sinne eines verbindlichen Miteinanders bieten sich Genossenschaften an.

- Welche Aufgaben sollen diese Genossenschaften haben?
- Welche Vorteile sehen Sie für diese Genossenschaften?
- Welche Stolpersteine erwarten Sie bei ihrer Gründung und für ihre nachhaltige Aufgabenwahrnehmung?

Gastgeber: Daniela Heinz und Verena Welter

Aufgaben

Genossenschaften z. B. in den Bereichen: Dorfladen, kl. Lebensmittelläden, Dorfbücherei, Dorfcafé, Begegnungsstätte, Gastronomie (Mittagstisch für Senioren und Schüler), (Wohn-)Schule, Ärztehaus, Alternative bzw. neue Wohnformen / Aufgaben- und Pflichtverteilung sollte strukturiert und organisiert sein / Rahmenbedingungen schaffen (finanziell, Versicherung etc.) -> Sicherheit für Akteure und Handlungsfähigkeit / Jung und Alt gleichermaßen in den Blick nehmen, alle Menschen mit einbeziehen

Vorteile

Gemeinsame Interessen und Ziele verwirklichen, auch ohne Investor / Gemeinsam Gehör finden / Gemeinnützigkeit / Förderung von Gemeinsinn und Wir-Gefühl / Lokale Gestaltungsmöglichkeiten / Förderung sozialen Ausgleichs / Gesichertes Einkommen für den Einzelnen / Rechtliche Sicherheit / Soziale Sicherheit / Korrekte Verteilung / Gleiche Stimmrechte / Genossenschaften als gutes Finanzierungsmodell, wenn möglichst viele Menschen mitmachen; viele bezahlbare Einlagen ergeben ein großes Ergebnis

Stolpersteine

Zu viel Verbindlichkeit (besonders für junge Menschen daher nicht attraktiv, Eignung für Senioren)? / Zieht sich die Politik zu sehr aus ihrer Verantwortung zurück? / Wenn die Genossenschaft zu viele Mitglieder hat, gehen einzelne Interessen ggf. unter. / Mögliche Unstimmigkeiten, da jeder Genosse ein Stimmrecht hat / (Langfristige) Finanzierung / Exklusivität vs. Inklusivität / Eine fehlende Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger von Anfang an / Unrealistische Ziele am Bedarf vorbei

Genossenschaften brauchen

fachliche und externe Beratung bzw. Unterstützung im Vorfeld, Aufbau einer Vertrauensbasis, eine klare Struktur, rechtliche Prüfung / Engagement von Kommune, Land und Bund (z. B. durch Bereitstellung von Qualifikationsmöglichkeiten für aktive Bürgerinnen und Bürger) / Visionäre / Know-How / Menschen, die sich engagieren möchten / Verantwortung muss schon in der Schule gelernt werden, Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen auf- und ausbauen / Genossenschaften sollten auch für sozial Schwache bezahlbar sein. Evtl. könnte es auch eine Mitgliedschaft durch eingebrachte Manpower geben und weniger durch einen finanziellen Beitrag (z. B. handwerkliche Tätigkeiten etc.).



Thema 4: Versetzen Sie sich in das Jahr 2030:

- Beschreiben Sie vor dem Hintergrund des Älterwerdens unserer Gesellschaft Ihr ideales Bild für Ihr Dorf oder Quartier!
- Wie wurde dies erreicht?
- Welche Hemmnisse wurden beseitigt?
- Welche Erfolgsfaktoren haben sich gezeigt?

Gastgeber: Andrea Schmidt und Doris Sicken

Ideales Bild

Aus den Stichpunkten der World-Café-Teilnehmer lässt sich das folgende Zukunftsbild entwickeln:

Maja lebt in einem mittelgroßen Dorf in der Vulkaneifel. An ein Leben wie es noch im Jahr 2017 war, kann sich hier schon kaum einer mehr erinnern, zu mitreißend war der Wandel, den man hier gemeinsam durchlebt hat.

Heute, im Jahr 2030, ist das Miteinander im Dorf als Familiennetzwerk ausgestaltet, indem alle integriert sind. Man begegnet seinen Nachbarn und den anderen Bürgerinnen und Bürgern wieder auf dem Dorfplatz. Dorfplätze sind heute nicht nur nett aussehende Aushängeschilder für das Dorf, sondern für alle Generationen zugängliche Begegnungsstätten und sehr stark frequentiert. Das sind aber auch die anderen Kommunikationsorte im Dorf, wie der Dorfladen mit Bücherei und Café, oder die Gemeindegärten sowie der Generationengarten.

Maja ist jetzt vierzehn Jahre alt. Sie war eines der ersten Kinder, die statt eines reinen Kindergartens eine Generationenstätte besuchten. Dort legt man früh den Grundstein für ein intergeneratives Miteinander, welcher auch in der schulischen Bildung nicht aus dem Blick verloren wird. Heute ist es selbstverständlich, dass Solidarität untereinander gelebt wird und man sich gegenseitig hilft. Maja unterstützt in einem sogenannten Generationentandem eine alte Frau, die leider keine Angehörigen mehr in der Nähe hat. Sie erklärt ihr z. B. die technischen Vorzüge, die die Menschen heute genießen, erledigt aber auch kleinere Arbeiten im Haushalt der Dame. Im Gegenzug dafür lernt Maja beispielsweise gerade wie man mit den heimischen Kräutern Gerichte aufwertet. Außerdem weiß sie, welche Traditionen und Bräuche die Geschichte ihres Dorfes prägten. Unterhalten wird sich natürlich in feinstem Vulkaneifeler Dialekt.

Die Kinder lernen außerdem von klein auf, sich und ihre Mitmenschen als individuelles Subjekt, nicht als Objekt, zu betrachten und eben auch auf einer solchen Ebene miteinander umzugehen. Niemand ist mehr das Objekt der Erwartungen anderer, sondern alle begegnen sich auf Augenhöhe und sind in der Lage auf die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen einzugehen. Diese Verbundenheit engt nicht ein, sondern ist vielmehr das Fundament für die Entwicklung einer einzigartigen Persönlichkeit und der Entfaltung der in uns allen schlummernden Potenziale.



Doch nicht nur die Kinder leben in dieser Art und Weise. Auch die Erwachsenen haben vor Jahren erkannt, dass es nicht weiter gehen konnte wie bisher. Aus vielen kleinen Potenzialentfaltungsgemeinschaften und durch viele Qualifizierungsangebote ist inzwischen ein festes Sorgenetz entstanden. Für die optimale Verbindung aller Menschen im Dorf sorgen Kommunikationskoordinatoren oder Kümmerer. Sie waren es auch, die im Jahr 2018 die Dorf App auf den Weg brachten. Man legte großen Wert darauf, dass alle Generationen diese Funktion nutzen können. Wo am Anfang noch Zweifel bestanden, ob so etwas überhaupt angenommen wird oder die Befürchtung groß war, dass der Prozess der Vereinsamung durch Digitalisierung weiter vorangetrieben wird, konnte man schnell alle Sorgen und Ängste ausräumen. Heute ist die App ein wichtiger Bestandteil im Alltag, sei es wegen des digitalen schwarzen Brettes für Hilfesuche und Unterstützungsangebote, der eingestellten Fahrpläne für die Bürgerbusse, des Veranstaltungskalenders, der direkten Kontaktmöglichkeit zu der Dorfkoordinierungsstelle oder einfach als Draht zu den Menschen, die gerade nicht an ihrem Wohnort sind und trotzdem teilhaben möchten.

Heute muss niemand mehr die Heimat wegen Ausbildung oder Arbeit verlassen. Neueste Technologien ermöglichen es, nachdem zwischenzeitlich alle Orte mit schnellem Internet versorgt wurden, dass von zu Hause gelernt und studiert sowie auch gearbeitet werden kann. Dörfer, die tagsüber aufgrund von berufsbedingtem Pendeln leer sind, stellen heute eine Seltenheit dar. Stattdessen macht man nun seine Mittagspause im Dorfgemeinschaftshaus mit den Kindern, die dann von der Schule kommen, aber auch mit den Seniorinnen und Senioren. Zusammensein steht hier im Mittelpunkt. Menschen, die nicht mobil sind, werden von ihren Nachbarn oder den im Dorf organisierten Bringdiensten dorthin gebracht.

An drei Tagen in der Woche ist zudem ein Arzt in der am Gemeindehaus angegliederten Praxis und widmet sich den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger. Über eine App werden alle Vitalparameter regelmäßig überprüft und bei Auffälligkeiten unmittelbar an den behandelnden Arzt weitergegeben. Dank der modernen Ambient Assisted Living Systeme kann die Lebensqualität auch bei Krankheit oder im Alter gehalten, wenn nicht sogar gesteigert werden.

Dazu trägt auch die Tagespflege bei, die in jedem Ort eingerichtet wurde. Diese ist in Majas Dorf in der barrierefreien Wohnanlage angegliedert. Überhaupt finden in dieser Wohnanlage viele verschiedene Angebote statt, um einen lebendigen Kommunikationsort für alle zu haben, nicht nur für die Bewohner. Erfreulich ist, dass sich heute jeder eine bezahlbare und menschenwürdige Pflege leisten kann. Durch die ehrenamtliche Leistung der Nachbarn und der gesamten Dorfgemeinschaft benötigen viele Menschen erst später Pflege, als sie es ohne diese Unterstützung getan hätten und können vor allem in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben. Die Politik begrüßt diese Entwicklung und fördert das Ehrenamt durch verschiedenste Maßnahmen.

Auch in Sachen Mobilität hat sich einiges bewegt. Die gut ausgebauten Straßen werden neben zum Teil selbstfahrenden Autos von Bürgerbussen benutzt. Diese ermöglichen ihren Mitfahrern flexible Fahrtzeiten und leisten einen wichtigen Beitrag zur Mobilität, denn das ist nach wie vor ein wichtiges Thema für die Menschen im Dorf. Auch die Mitfahrerbank, die es im Jahr 2018 nur vereinzelt gab, sind mittlerweile in jedem Dorf vor-

handen und stark frequentiert. Diese nutzt auch Majas ältere Dame, wenn sie statt zum Dorfladen mal zum Hofladen im Nachbardorf möchte, um frische regionale Produkte direkt vom Erzeuger einzukaufen und gerade niemand von Majas Familie zu Hause ist, der sie schnell fahren könnte. Sie fragen sich, warum es ausgerechnet um Majas Familie geht?

Das ist schnell erklärt. Als der Mann der älteren Dame vor einigen Jahren verstarb, stand sie auf einmal mit einem viel zu großen Haus alleine da. Die oberen Räume konnte sie aufgrund der Treppe nur noch auf wackeligen Beinen und mit großem Kraftaufwand erreichen. Dann hörte sie davon, dass eine junge Familie nach einem Haus suchte und meldete sich bei ihnen, um ihnen anzubieten, die obere Etage ihres Hauses zu bewohnen. Weniger, weil es ihr um die damit verbundene Mieteinnahme ging, sondern vielmehr, weil sie Leben im Haus haben wollte und sie sich schlichtweg überfordert mit der Bewirtschaftung fühlte. Majas Familie war direkt begeistert und lebt nun seit mehreren Jahren in dieser modernen Art von Generationenwohnen. Nach anfänglicher Skepsis sind es nun im Dorf schon einige Menschen, die diese Idee für sich übernahmen; mit Erfolg! Für viele junge Familien ist dies auch eine gute Unterstützung in Sachen Kinderbetreuung, wenn es auf der Arbeit mal etwas länger als gewöhnlich wird, springt die Leih-Oma oder der Leih-Opa im Haus ein.

Maja fühlt sich in ihrem Dorf sehr wohl und weiß schon jetzt, dass sie dortbleiben wird. Viele ihrer Freunde übrigens auch!

Wie wurde das erreicht? Welche Hemmnisse wurden überwunden?

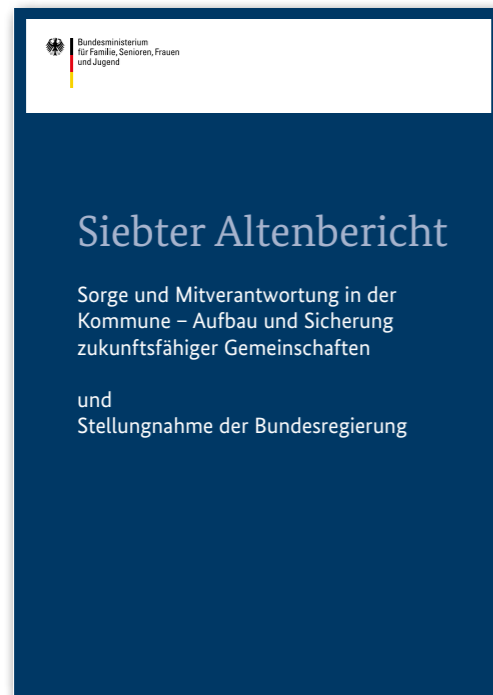
Bau von neuen Wohnformen / Ausbau der Beratungsstruktur (Besonders Informationen zum Thema Pflegebedürftigkeit/Wohnraumgestaltung/Finanzierungen) vermehrte Beratungsbüros oder Apps / Einrichtung eines Kulturprogramms abgestimmt auf die Bedürfnisse / Projekte wie „Leih-Oma“ werden realisiert / Kein Generationenkonflikt, mehr Zusammenarbeit untereinander / Mehr jüngere Menschen bleiben in den Dörfern und gründen eine Familie. / Politik und Kommunen haben ein positives Bild vom Alter. / Die Bürger werden als individuelles Subjekt gesehen und nicht als Objekt. Erreicht durch Gewinnung von Ehrenamtlern und auch durch Überzeugungsarbeit / Bewusstsein verändern: Vom Anspruch der sozialen Vollversorgung hin zur kommunalen Mitverantwortung! / Bereitschaft zu helfen ist da / Erreicht durch Wertschätzung, Begegnung auf Augenhöhe / Ängste wurden abgebaut / Stolpersteine (Probleme) wurden als Chance erkannt und nicht als unüberbrückbares Hindernis. So konnte ein anderer Blickwinkel gewonnen werden.

Welche Erfolgsfaktoren haben sich gezeigt?

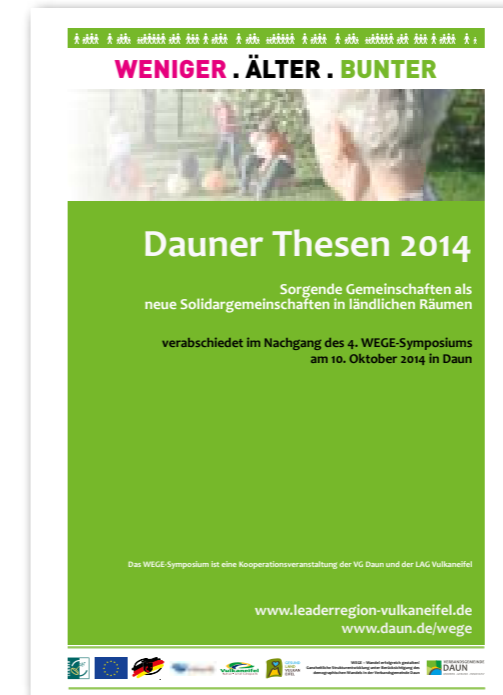
Sicherheit im Alter / Altersarmut wurde beseitigt / Selbstwirksamkeit des Einzelnen wird erlebt / Dörfer bleiben bestehen / Jung und Alt leben zusammen und harmonieren gut. / Sorgende Gemeinschaft ist erreicht / Unterstützung von der Nachbarschaft / Zugezogene sind integriert / Verbundenheit zum Ort

WEGE zu neuen Solidargemeinschaften

Den Siebten Altenbericht der Bundesregierung können Sie als Bundestags-Drucksache unter www.siebter-altenbericht.de downloaden oder über diese Internetseite kostenpflichtig in Papierform bestellen.



Die Dauner Thesen 2014 zum Thema „Sorgende Gemeinschaften als neue Solidargemeinschaften in ländlichen Räumen“ sowie auch weitere Broschüren zum WEGE-Prozess erhalten Sie in Printform über das WEGE-Büro oder als Download auf unserer Homepage.





Begegnungsmöglichkeiten oder "Gelegenheitsstrukturen" im sozialräumlichen Kontext kommen für die Gestaltung des Älterwerdens eine bedeutsame Rolle zu.

- Wie sehen diese aus?
- Gibt es bereits gute Beispiele?
- Welche Verantwortung liegt hier bei der Kommune?
- Wie gelingt es ein Feuer am Brennen zu halten und nicht nur ein Strohfeuer zu entfachen?



Versetzen Sie sich in das Jahr 2030:

- Beschreiben Sie vor dem Hintergrund des Älterwerdens unserer Gesellschaft Ihr ideales Bild für Ihr Dorf oder Quartier!
- Wie wurde dies erreicht?
- Welche Hemmnisse wurden beseitigt?
- Welche Erfolgsfaktoren haben sich gezeigt?



Impressum

Herausgeber | WEGE-Büro der Verbandsgemeindeverwaltung Daun
Leopoldstraße 29, 54550 Daun
Telefon: 06592 939-225 | 227
E-Mail: wege@daun.de | Web: www.daun.de/wege

Dokumentation erstellt von | Verena Welter
WEGE-Büro der Verbandsgemeinde Daun
Daun im April 2018

Layout und Satz | Dieter Klas
Verbandsgemeindeverwaltung Daun

Bildquellen | |/WEGE-Büro | Fotolia.com
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie